



vom 08.09.2018

<https://www.br.de/nachrichten/>

## **Hauseigentümer kritisieren SPD-Plan zur "Mieten-Wende"**

Die SPD hat einen 12-Punkte-Plan zur Bekämpfung hoher Mieten erarbeitet, der der SZ vorliegt. Im BR kritisiert der Vorsitzende von Haus und Grund München, Rudolf Stürzer, nun die Ideen scharf. Der Plan sei ein "fatales Signal für Investoren".

**Die SPD hat einen 12-Punkte-Plan zur Bekämpfung hoher Mieten erarbeitet, der der SZ vorliegt. Im BR kritisiert der Vorsitzende von Haus und Grund München, Rudolf Stürzer, nun die Ideen scharf. Der Plan sei ein "fatales Signal für Investoren".**

Mit einem zwölf Punkte umfassenden Plan will die SPD gegen steigende Mieten vorgehen. Das Konzept liegt der Süddeutschen Zeitung vor. Kernforderung des Plans ist ein "Mietpreisstopp": Überall, [wo der Wohnungsmarkt angespannt ist](#), sollten Mieten für fünf Jahre maximal in Höhe der Inflationsrate (derzeit knapp zwei Prozent) erhöht werden dürfen.

"Der Druck auf dem Mietmarkt ist heute so dramatisch, dass wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen", heißt es in dem vierseitigen Papier, das Parteichefin Andrea Nahles und der Vize-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel erarbeitet haben.



vom 08.09.2018

## **Stürzer vermutet Wahlkampfmanöver**

Die Vorschläge stoßen bei Haus- und Wohnungseigentümern auf Unverständnis. Der Vorsitzende von Haus und Grund München, [Rudolf Stürzer](#), nennt den Plan im Bayerischen Rundfunk "ein fatales Signal für Investoren, der der Politik ohnehin misstrauen". Die praktischen Auswirkungen des sogenannten "Mietpreisstopps" wären zudem gering: Eine Koppelung der Mieten an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten ist laut Stürzer schon heute in 60 Prozent der Neuvermietungen Standard. Die Forderungen der SPD könnten nun Investoren negativ beeindrucken, die sowieso kaum in den Bau von Wohnungen investieren.

Das Papier der SPD sei der verzweifelte Versuch aus [schlechten Umfrageergebnissen](#) "mit Wahlkampfgetöse" herauszukommen, glaubt Stürzer. In München lebten 80 Prozent der Bewohner in Mietverhältnissen - aber auch hier sei die Belastung im Vergleich zum Einkommen kaum über dem Bundesdurchschnitt, meint der oberste Interessenvertreter der Münchner Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.